

Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

10. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 6. März 1956

Nummer 11

Datum	Inhalt	Seite
2. 2. 56	Erste Verordnung zum Gesetz über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“	99
8. 2. 56	Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Erhebung von Kirchensteuern im Lande Nordrhein-Westfalen in der Fassung vom 1. Dezember 1955 (GV. NW. S. 229)	99
9. 2. 56	Verordnung NW PR Nr. 1/56 über Handelsaufschläge für Düngemittel	100
13. 1. 56	Mitteilung des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen. Betrifft: Verleihung der Korporationsrechte an jüdische Kultusgemeinden	100
30. 1. 56	Nachtrag zur Konzessionsurkunde vom 16. Dezember 1898 über die Ausdehnung des Unternehmens der Westfälischen Landes-Eisenbahn-Gesellschaft auf den Bau und Betrieb vollspuriger Nebeneisenbahnen von Beckum nach Lippstadt, von Soest über Beladke nach Brilon und von Beckum-Einigerloh nach Warendorf	100
	Anzeigen des Ministers für Wirtschaft und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen:	
16. 2. 56	Betrifft: Enteignungsanordnung zugunsten der Kreiswerke Gellenkirchen-Reinsberg G.m.b.H. für den Bau und Betrieb einer Trafostation in der Stadt Reinsberg	101
18. 2. 56	Betrifft: Enteignungsanordnung zugunsten der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft in Essen, für den Bau und Betrieb einer 110 kV-Hochspannungsfreileitung von Wallenthal nach Wollenberg	101
23. 2. 56	Betrifft: Enteignungsanordnung zugunsten der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Essen, für den Bau und Betrieb des Teilabschnittes Gowerk — Keidenich der 220 kV-Hochspannungsfreileitung Gowerk — Wesseling — Libur — Oberlar — Siegburg, in der Stadt Brühl und in den Gemeinden Hürth, Bezdorf, Wesseling und Seichem.	101
20. 2. 56	Betrifft: Enteignungsanordnung zugunsten der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Essen, für den Bau und Betrieb der 220 kV-Hochspannungsfreileitung Gowerk — Widdig — Oberlar — Siegburg — Bezdorf	101
15. 2. 56	Bekanntmachung der Landeszentralbank von Nordrhein-Westfalen. Betrifft: Wochenausweis	102

Erste Verordnung zum Gesetz über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“.

Vom 2. Februar 1956.

Auf Grund des § 28 Abs. 2 des Gesetzes über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“ vom 25. Mai 1954 (GV. NW. S. 151) wird im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß des Landtags verordnet:

§ 1

Jeder Rundfunkteilnehmer hat eine monatliche Gebühr von 2,— DM zu entrichten. Für ein Fernsehrundfunkgerät ist daneben eine Gebühr von monatlich 5,— DM zu entrichten. Für zusätzliche Koffer- und Fahrzeug-Empfänger wird die entsprechende Gebühr nochmals erhoben.

§ 2

Die Gebühr wird mit der Bereitstellung des Gerätes zum Empfang fällig.

§ 3

Über Anträge auf Gebührenbefreiung und Gebührenermäßigung wegen sozialer Notlage oder aus Billigkeitsgründen wird bis auf weiteres nach den bisher geltenden Vorschriften entschieden.

§ 4

Die Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1956 in Kraft.

Düsseldorf, den 2. Februar 1956.

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen.

Der Ministerpräsident:

Arnold.

— GV. NW. 1956. S. 99.

Verordnung

zur Durchführung des Gesetzes über die Erhebung von Kirchensteuern im Lande Nordrhein-Westfalen in der Fassung vom 1. Dezember 1955

(GV. NW. S. 229).

Vom 8. Februar 1956.

Auf Grund des § 8 des Gesetzes über die Erhebung von Kirchensteuern im Lande Nordrhein-Westfalen in der Fassung vom 1. Dezember 1955 (Kirchensteuergesetz) wird folgendes verordnet:

§ 1

Die Festsetzung der Diözesan-(Landes-)Kirchensteuer bedarf der staatlichen Genehmigung durch den Kultusminister und den Finanzminister.

§ 2

Die Erhebung der Kirchensteuer erfolgt für das Steuerjahr.

Steuerjahr ist:

- bei den Kirchensteuern, die als Zuschlag zu Maßstabsteuern erhoben werden, der Zeitraum, für den die Maßstabsteuer erhoben wird;
- bei der Kirchensteuer, die nach Maßgabe des steuerpflichtigen Einkommens auf Grund eines besonderen Tarifs erhoben wird, und bei der Kirchensteuer vom VOL-Einheitswert der Zeitraum, für den die Einkommensteuer erhoben wird;
- bei der Kirchensteuer vom Grundbesitz der Zeitraum, für den die Grundsteuer erhoben wird;
- beim Kirchgeld das Kalenderjahr oder das Rechnungsjahr (Zeit vom 1. April eines Jahres bis zum 31. März des nächsten Jahres).

§ 3

Die Veranlagung und Erhebung von Kirchensteuern durch die Finanzämter und die kommunalen Steuerbehörden (§ 3 Abs. 1 und 5 Kirchensteuergesetz) kann nur zum Beginn des Steuerjahres übernommen und nur zum Schluß des Steuerjahres unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr aufgehoben werden.

§ 4

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1956 in Kraft.

Düsseldorf, den 8. Februar 1956.

Der Kultusminister
des Landes Nordrhein-Westfalen:
S c h ü t z.

Der Finanzminister
des Landes Nordrhein-Westfalen:
D r. F l e c k e n.

— GV. NW. 1956. S. 99.

**Verordnung NW PR Nr. 1/56
über Handelsaufschläge für Düngemittel.
Vom 9. Februar 1956.**

Auf Grund des § 2 des Übergangsgesetzes über Preisbildung und Preisüberwachung (Preisgesetz) vom 10. April 1948 (WiGBL. S. 27) / 3. Februar 1949 (WiGBL. S. 14) / 21. Januar 1950 (BGBl. S. 7) / 8. Juli 1950 (BGBl. S. 274) / 25. September 1950 (BGBl. S. 681) / 23. Dezember 1950 (BGBl. S. 824) / 29. März 1951 (BGBl. I S. 223) in der sich aus § 37 des Gesetzes über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft vom 7. Januar 1952 (BGBl. I S. 7) ergebenden Fassung wird verordnet:

§ 1

Beim Handel mit stickstoffhaltigen Düngemitteln sowie mit Kali-, Phosphat- und Superphosphat-Düngemitteln und Düngekalk dürfen Handelsaufschläge nur gemäß den nachfolgenden Bestimmungen berechnet werden.

§ 2

Beim Verkauf ganzer Waggonladungen gilt der Listenpreis des Erzeugers als höchstzulässiger Verkaufspreis. Die Berechnung eines Handelsaufschlages auf den Listenpreis ist unzulässig.

§ 3

Beim Verkauf ab Waggon beträgt der höchstzulässige Handelsaufschlag auf den Listenpreis des Erzeugers:

- 1) Bei Abnahme von 1000 kg und mehr
 - a) bei Düngemitteln mit einem Listenpreis von DM 5,— und darüber je Ztr. 7%
 - b) bei Düngemitteln mit einem Listenpreis unter DM 5,— je Ztr. 10%
zuzüglich nachweisbar entstandenem Schwund.
- 2) Bei Abnahme von 100 kg und mehr, jedoch weniger als 1000 kg
 - a) bei Düngemitteln mit einem Listenpreis von DM 5,— und darüber je Ztr. 10%
 - b) bei Düngemitteln mit einem Listenpreis unter DM 5,— je Ztr. 13%
zuzüglich nachweisbar entstandenem Schwund.
- 3) Bei Abnahme unter 100 kg ohne Rücksicht auf die Höhe des Listenpreises
 - a) von 10 kg und darüber DM 2,— je Ztr.
 - b) unter 10 kg DM 4,— je Ztr.

§ 4

- (1) Bei Über-Lagernahme beträgt der Aufschlag höchstens DM —,50 je Ztr. auf die sich nach § 3 Ziff. 1 und 2 ergebenden Preise.
- (2) Bei Abnahme unter 100 kg darf ein Über-Lagernahmezuschlag nicht berechnet werden.

§ 5

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden gemäß § 2 des Gesetzes zur weiteren Vereinfachung des Wirtschaftsstrafrechts (Wirtschaftsstrafgesetz 1954) vom 9. Juli 1954 (BGBl. I S. 175) / 25. Dezember 1955 (BGBl. I S. 869) geahndet.

§ 6

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig treten der RdErl. d. Wirtschaftsministers vom 1. April 1949 (Amtl. Anz. — Beibl. z. GV. NW. S. 154) betr. Höchstzuschläge im Düngemittelhandel und der RdErl. d. Ministers für Wirtschaft und Verkehr vom 2. Oktober 1951 (MBL. NW. S. 1255) betr. Höchstzuschläge im Düngemittelhandel — Düngekalk — außer Kraft.

Düsseldorf, den 9. Februar 1956.

Der Minister
für Wirtschaft und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen.

In Vertretung:
D r. E w e r s.

— GV. NW. 1956. S. 101.

**Mitteilung des Kultusministers des Landes
Nordrhein-Westfalen.**

Betrifft: Verleihung der Korporationsrechte an jüdische Kultusgemeinden.

Der Jüdischen Kultusgemeinde Mülheim/Ruhr-Duisburg sind die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts durch Urkunde vom 13. Januar 1956 verliehen worden. Die Verleihungsurkunde hat folgenden Wortlaut:

„Der Jüdischen Kultusgemeinde Mülheim/Ruhr-Duisburg werden hiermit gem. § 1 des Gesetzes über die jüdischen Kultusgemeinden im Lande Nordrhein-Westfalen vom 18. Dezember 1951 (GV. NW. 1952 S. 2) die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts verliehen.“

Diese Urkunde tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen in Kraft.

Düsseldorf, den 13. Januar 1956.

Der Kultusminister
des Landes Nordrhein-Westfalen.

In Vertretung:
D r. B u s c h.

Der Justizminister
des Landes Nordrhein-Westfalen:
D r. A m e l u n x e n.

Die Satzung der Jüdischen Kultusgemeinde Mülheim/Ruhr-Duisburg ist gem. § 2 o.a. Gesetzes unter dem 13. Januar 1956 genehmigt worden. Sie entspricht der Mustersatzung, die im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen 1953 S. 1108 ff. und im Amtsblatt des Kultusministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen 1953 S. 71 ff. veröffentlicht worden ist.

In Vertretung:
D r. B u s c h.

— GV. NW. 1956. S. 100.

Nachtrag

**zur Konzessionsurkunde vom 16. Dezember 1896
über die Ausdehnung des Unternehmens der Westfälischen Landes-Eisenbahn-Gesellschaft auf den Bau und Betrieb vollspuriger Nebeneisenbahnen von Beckum nach Lippstadt, von Soest über Beleecke nach Brilon und von Beckum-Ennigerloh nach Warendorf.**

Vom 30. Januar 1956.

Gemäß § 1 des Gesetzes über Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Betriebes von Bahnunternehmen des öffentlichen Verkehrs vom 7. März 1934 (RGBl. II S. 91) in der durch Gesetz vom 29. März 1951 (BGBl. I S. 225) geänderten Fassung entbinde ich die Westfälische Landes-

Eisenbahn A.G. von der Betriebspflicht auf dem Streckenabschnitt Westkirchen (ausschl.) bis Warendorf.

Ich genehmige ferner den Abbau dieses Streckenabschnitts.

Hiermit erlöschen die Rechte und Pflichten aus der Konzessionsurkunde vom 16. Dezember 1896, soweit sie den Streckenabschnitt von Westkirchen (ausschl.) bis Warendorf betreffen.

Der Minister
für Wirtschaft und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen:

Dr. M i d d e l h a u v e.

— GV. NW. 1956. S. 100.

Anzeigen des Ministers für Wirtschaft und Verkehr.

Düsseldorf, den 16. Februar 1956.

Betrifft: Enteignungsanordnung zugunsten der Kreiswerke Geilenkirchen-Heinsberg G.m.b.H. für den Bau und Betrieb einer Trafo-Station in der Stadt Heinsberg.

Gemäß § 5 des Gesetzes betr. die Bekanntmachung landesherrlicher Erlasse durch die Amtsblätter vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) wird hierdurch angezeigt, daß im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Aachen vom 28. Januar 1956 S. 22/23 die Anordnung über die Feststellung der Zulässigkeit der Enteignung zugunsten der

Kreiswerke Geilenkirchen-Heinsberg G.m.b.H.
in Geilenkirchen

für den

Bau und Betrieb einer Trafo-Station in der Stadt Heinsberg im Selfkantkreis Geilenkirchen-Heinsberg im Regierungsbezirk Aachen

bekanntgemacht ist.

— GV. NW. 1956. S. 101.

Düsseldorf, den 16. Februar 1956.

Betrifft: Enteignungsanordnung zugunsten der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft in Essen, für den Bau und Betrieb einer 110 kV-Hochspannungsfreileitung von Wallenthal nach Wollenberg.

Gemäß § 5 des Gesetzes betr. die Bekanntmachung landesherrlicher Erlasse durch die Amtsblätter vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) wird hierdurch angezeigt, daß im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Aachen vom 14. Januar 1956 S. 11/12 die Anordnung über die Feststellung der Zulässigkeit der Enteignung zugunsten der

Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk
Aktiengesellschaft in Essen

für den

Bau und Betrieb einer 110 kV-Hochspannungsfreileitung von Wallenthal nach Wollenberg in den Gemeinden Hellenthal, Sistig, Golbach, Kall, Wallenthal und Bleibuir im Landkreis Schleiden im Regierungsbezirk Aachen

bekanntgemacht ist.

— GV. NW. 1956. S. 101.

Düsseldorf, den 20. Februar 1956.

Betrifft: Enteignungsanordnung zugunsten der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Essen, für den Bau und Betrieb des Teilabschnittes Gowerk — Keldenich der 220 kV-Hochspannungsfreileitung Gowerk — Wesseling — Libur — Oberlar — Siegburg, in der Stadt Brühl und in den Gemeinden Hürth, Berzdorf, Wesseling und Sechtem.

Gemäß § 5 des Gesetzes betr. die Bekanntmachung landesherrlicher Erlasse durch die Amtsblätter vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) wird hierdurch angezeigt, daß im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln vom 4. Februar 1956, S. 48, die Anordnung über die Feststellung der Zulässigkeit der Enteignung zugunsten der

Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk
Aktiengesellschaft, Essen,

für den

Bau und Betrieb des Teilabschnittes Gowerk — Keldenich der 220 kV-Hochspannungsfreileitung Gowerk — Wesseling — Libur — Oberlar — Siegburg,

in der Stadt Brühl und in den Gemeinden Hürth, Berzdorf und Wesseling, im Landkreis Köln, sowie in der Gemeinde Sechtem, im Landkreis Bonn, im Regierungsbezirk Köln

bekanntgemacht ist.

— GV. NW. 1956. S. 100.

Düsseldorf, den 20. Februar 1956.

Betrifft: Enteignungsanordnung zugunsten der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Essen, für den Bau und Betrieb der 220 kV-Hochspannungsfreileitung Gowerk — Widdig — Oberlar — Siegburg — Betzdorf.

Gemäß § 5 des Gesetzes betr. die Bekanntmachung landesherrlicher Erlasse durch die Amtsblätter vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) wird hierdurch angezeigt, daß im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln vom 4. Februar 1956, S. 47, die Anordnung über die Feststellung der Zulässigkeit der Enteignung zugunsten der

Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk
Aktiengesellschaft, Essen,

für den

Bau und Betrieb der 220 kV-Hochspannungsfreileitung Gowerk — Widdig — Oberlar — Siegburg (mit Abzweigung zur Umspannanlage Siegburg), — Betzdorf bis zur Landesgrenze bei Schabernack,

in der Stadt Brühl und den Gemeinden Hürth, Berzdorf und Wesseling, im Landkreis Köln, sowie in den Gemeinden Sechtem und Hersel, im Landkreis Bonn, im Regierungsbezirk Köln, sowie

in der Stadt Siegburg und in den Gemeinden Rheidt, Sieglar, Menden (Rhld.), Siegburg-Mülldorf, Niederpleis, Hennef (Sieg), Uckerath, Eitorf, Herchen, im Siegburgkreis, im Regierungsbezirk Köln

bekanntgemacht ist.

— GV. NW. 1956. S. 101.

Aktiva

(Beträge in 1000 DM)

Passiva

Veränderungen gegen-
über der VorwocheVeränderungen gegen-
über der Vorwoche[illegible]

Düsseldorf, den 15. Februar 1956.

Fessler.	Böttcher.	Braune.
1871	1871	1871
1872	1872	1872
1873	1873	1873
1874	1874	1874
1875	1875	1875
1876	1876	1876
1877	1877	1877
1878	1878	1878
1879	1879	1879
1880	1880	1880
1881	1881	1881
1882	1882	1882
1883	1883	1883
1884	1884	1884
1885	1885	1885
1886	1886	1886
1887	1887	1887
1888	1888	1888
1889	1889	1889
1890	1890	1890
1891	1891	1891
1892	1892	1892
1893	1893	1893
1894	1894	1894
1895	1895	1895
1896	1896	1896
1897	1897	1897
1898	1898	1898
1899	1899	1899
1900	1900	1900
1901	1901	1901
1902	1902	1902
1903	1903	1903
1904	1904	1904
1905	1905	1905
1906	1906	1906
1907	1907	1907
1908	1908	1908
1909	1909	1909
1910	1910	1910
1911	1911	1911
1912	1912	1912
1913	1913	1913
1914	1914	1914
1915	1915	1915
1916	1916	1916
1917	1917	1917
1918	1918	1918
1919	1919	1919
1920	1920	1920
1921	1921	1921
1922	1922	1922
1923	1923	1923
1924	1924	1924
1925	1925	1925
1926	1926	1926
1927	1927	1927
1928	1928	1928
1929	1929	1929
1930	1930	1930
1931	1931	1931
1932	1932	1932
1933	1933	1933
1934	1934	1934
1935	1935	1935
1936	1936	1936
1937	1937	1937
1938	1938	1938
1939	1939	1939
1940	1940	1940
1941	1941	1941
1942	1942	1942
1943	1943	1943
1944	1944	1944
1945	1945	1945
1946	1946	1946
1947	1947	1947
1948	1948	1948
1949	1949	1949
1950	1950	1950
1951	1951	1951
1952	1952	1952
1953	1953	1953
1954	1954	1954
1955	1955	1955
1956	1956	1956
1957	1957	1957
1958	1958	1958
1959	1959	1959
1960	1960	1960
1961	1961	1961
1962	1962	1962
1963	1963	1963
1964	1964	1964
1965	1965	1965
1966	1966	1966
1967	1967	1967
1968	1968	1968
1969	1969	1969
1970	1970	1970
1971	1971	1971
1972	1972	1972
1973	1973	1973
1974	1974	1974
1975	1975	1975
1976	1976	1976
1977	1977	1977
1978	1978	1978
1979	1979	1979
1980	19	

—GV. NW, 1956. S. 102.

Einzelpreis dieser Nummer 0,30 DM.

Einzellieferungen nur durch den Verlag gegen Voreinsendung des Betrages zuzgl. Versandkosten (pro Einzelheft 0,15 DM) auf das Postscheckkonto Köln 8516 August Bagel Verlag GmbH., Düsseldorf.
(Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag GmbH, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einsseitiger Druck) durch die Post. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 3,50 DM, Ausgabe B 4,20 DM.